



Den Appetit der Autokraten zügeln – Joe Biden bei seiner Rede am 21. Februar in Warschau.

MATEUSZ SŁODKOWSKI / NEWSPIX / IMAGO

Die USA schärfen ihr geopolitisches Kalkül

Präsident Joe Biden wähnt sein Land in einer «Schlacht» zwischen Demokratien und Autokratien. Gemeinsam mit Alliierten will er Diktaturen die Stirn bieten. Mit diesem Narrativ verfolgt er auch geschickt strategische Interessen. Gastkommentar von Martin Wagener

Vor über dreissig Jahren hat Francis Fukuyama das «Ende der Geschichte» prophezeit. In der Auseinandersetzung der Ideologien habe sich die liberale Idee als überlegen erwiesen. Demnach hätte es zu einer Ausbreitung demokratischer Systeme kommen müssen.

Das Gegenteil ist gegenwärtig der Fall. Der Democracy-Index 2022 weist 56,9 Prozent aller Staaten den Kategorien «hybride» bzw. «autoritäre Regime» zu, 2006 waren es 50,9 Prozent. Auch die Zahlen von Freedom House zeichnen ein düsteres Bild: 2005 lebten 46 Prozent der Menschen in einem politisch freien Umfeld, 2021 waren es nur noch 20,3 Prozent.

«Nein, nein, nein»

In Deutschland wird auf die Autokratisierungswelle vor allem emotional reagiert, wozu ständige Ermahnungen und ein erhobener Zeigefinger gehören. Die USA machen das auch, setzen aber ganz anders an. Sie greifen einerseits die Ängste verunsicherter Partner auf, wenn sie öffentlich fordern, den Diktatoren dieser Welt gemeinsam die Stirn zu bieten. Präsident Joe Biden sagte in seiner Rede in Warschau am 21. Februar 2023: «Der Appetit eines Autokraten kann nicht beschwichtigt werden. Man muss ihm entgegenreten. Autokraten verstehen nur ein Wort: Nein, nein, nein.»

Andererseits folgt Washington dem üblichen Muster. An erster Stelle aller sicherheitspolitischen Erwägungen stehen die eigenen nationalen Interessen. Sie überlagern bei Bedarf auch das Werteverständnis. Dies ist unter Demokraten und Republikanern Konsens. Seit Jahrzehnten wird in den Strategien für die nationale Sicherheit des Landes festgehalten, vitale Interessen notfalls unilateral und

Das Pentagon ist schon lange nicht mehr fähig, zwei Regionalkriege zur gleichen Zeit zu führen.

unter Anwendung von Gewalt zu verteidigen – Völkerrecht hin oder her.

Wie der Zufall es will, sind die drei grössten strategischen Herausforderer der USA an den zentralen geopolitischen Fronten der eurasischen Landmasse Autokratien. Zu nennen sind Russland in Osteuropa, China in Ostasien und Iran am Persischen Golf. Obwohl Peking machtpolitisch stark aufgeholt hat, beansprucht Washington weiterhin eine globale Führungsrolle. Um diese Position zu verteidigen, benötigen die USA angesichts knapper Kassen immer mehr die Unterstützung ihrer Verbündeten.

Aus dieser Sicht ergibt das Werben für das Narrativ «Demokratien contra Autokratien» doppelt Sinn. Die Amerikaner können sich für ihre Werte einsetzen und auf dieser Ebene um Zustimmung unter ihren Partnern werben. Zugleich verfolgen sie damit das Ziel, ihre strategischen Interessen effizienter zu befördern, was konkret heisst: «burden sharing». Würden die USA hingegen darum bitten, einen Obolus zu entrichten, um weiterhin kontrollierenden Einfluss auf die Gegenküsten ausüben zu können, dann dürfte die Unterstützung geringer ausfallen.

Übertriebene Sorgen?

Wer die blossen Zahlen vergleicht, könnte die Sorgen Washingtons für übertrieben halten. Russland, China und Iran hatten 2021 einen Anteil von 20,6 Prozent am globalen Bruttoinlandsprodukt, die USA erzielten 24,2 Prozent. Zusammen kamen die drei Autokratien 2022 auf einen Verteidigungshaushalt von 353 Milliarden Dollar. Die Amerikaner hatten mehr als doppelt so viel angesetzt – 767 Milliarden Dollar. Die genannten Regionalmächte verfügen über drei Flugzeugträ-

ger, die USA über elf. Diese Liste liesse sich in vielen Bereichen fortsetzen. Ein weiterer Einwand sollte zur Beruhigung der Biden-Administration beitragen: Ist überhaupt damit zu rechnen, dass es zwischen Russland, China und Iran zu einer Blockbildung kommt? Es gibt Argumente für ein solches Szenario. Die drei Staaten haben gleich mehrere Gründe, ihre Beziehungen zu vertiefen. Sie werden vom Westen politisch kritisiert und auch mit Sanktionen belegt; sie lehnen eine liberale Weltordnung ab; stattdessen setzen sie sich für Multipolarität ein, was konkret bedeutet, jeder Form amerikanischer Vormachtpolitik entgegenwirken zu wollen.

Auf trilateraler Ebene gibt es bereits gemeinsame Projekte – von Seemanövern bis zur Kooperation in der Schanghai Organisation für Zusammenarbeit. Peking hat Moskau und Teheran durch eine Intensivierung des Handels geholfen, die Folgen westlicher Sanktionen ökonomisch abzufedern. Zudem demonstrieren Wladimir Putin und Xi Jinping nach aussen grosse Verbundenheit, jüngst etwa während ihres Treffens im März 2023. Für internationale Aufmerksamkeit hat die Lieferung iranischer Kampfdrohnen an Russland gesorgt, die gegen die Ukraine eingesetzt werden.

Es spricht allerdings auch einiges gegen eine Blockbildung. Die nationalen Interessen der drei Staaten sind oft nicht deckungsgleich, und es herrscht reichlich Misstrauen. Deshalb gibt es bis heute keine Militärallianz zwischen China und Russland. Dass der Kreml ausgerechnet Indien und Vietnam seit Jahren mit Rüstungsgütern beliefert, hat ebenfalls einen Grund. Die Volksrepublik wiederum ist nicht bereit, zugunsten des Mullah-Regimes ihre guten Beziehungen zu Saudiarabien aufs Spiel zu setzen. Desgleichen wissen Moskau und Teheran, dass sie auf dem Energiemarkt Konkurrenten sind.

Die Stunde Chinas

Das alles sollte für Entspannung in Washington sorgen, was allerdings nicht der Fall ist. Obwohl die USA bei einer Gegenüberstellung zentraler Fähigkeitsmerkmale oft besser abschneiden und derzeit keine Blockbildung der drei Autokratien ansteht, hat dies nicht zur Auflösung einer andauernden geopolitischen Herausforderung geführt. Sie ist darin begründet, dass das Pentagon schon lange nicht mehr fähig ist, zwei Regionalkriege zur gleichen Zeit zu führen.

Das befürchtete Szenario sieht wie folgt aus: Wenn Russland im Ukraine-Krieg mit einer Eskalation droht und China zugleich einen Angriff auf Taiwan andenkt, haben die Amerikaner ein Problem. Sie werden sich nämlich nicht voll und ganz auf eine Front einlassen können, weil sie damit automatisch ihre Abschreckungsfähigkeit an anderer Stelle schwächen. Sollte parallel dazu Iran mit dem Gedanken spielen, die Strasse von Hormuz zu blockieren, würde es noch komplizierter. Unter solchen Bedingungen wäre Washington als Führungsmacht sehr schnell überfordert.

Bereits im Falle einer Konfliktlage müssen Wechselwirkungen ins Kalkül gezogen werden. Verbrauchen die USA zu schnell Rüstungsgüter in Osteuropa, stehen weniger Reserven für Einsätze in Ostasien oder am Persischen Golf zur Verfügung. Es geht für Washington also um die Vorbereitung auf potenziell parallel ausbrechende Konflikte.

Denn im Zuge des Ukraine-Krieges ist durchaus deutlich geworden, dass sich Russland, China und Iran in Krisenzeiten untereinander helfen und auch abstimmen. Sollten sie irgendwann willens und in der Lage sein, konzertierte militärische Aktionen durchzuführen, könnten sie die USA schnell als handlungsunfähig dastehen lassen. Genau dann würde die Stunde Chinas schlagen, das bereits jetzt den Eindruck zu erwecken versucht, global mehr Verantwortung übernehmen zu können – vom «Friedensplan» für die Ukraine bis zur Unterstützung der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Saudiarabien und Iran.

Wollen die USA ihre globale Führungsrolle aufrechterhalten, benötigen sie die Unterstützung ihrer Verbündeten. Dies funktioniert am besten über das Narrativ «Demokratien contra Autokratien». Nicht nur, um eine gemeinsame Strategie zu erarbeiten. Es geht Washington auch um die Mobilisierung von mehr Verteidigungsressourcen innerhalb der Nato.

Ganz nebenbei ist es dem Weissen Haus dabei gelungen, das Bündnis stärker gegen Peking auszurichten. Im neuen strategischen Konzept vom Juni 2022 wird China als Herausforderung für die «Interessen, die Sicherheit und die Werte» der Allianz bezeichnet.

Das Kalkül der Geopolitiker in Washington geht somit auf: Mit einer öffentlich deklarierten, normativen Politik lassen sich strategische Interessen bestens kaschieren. Die Nato wird gestärkt – nicht nur gegen Moskau, sondern perspektivisch auch noch gegen Peking. Zu diesem Denken fehlt vielen deutschen Politikern schlicht der Zugang.

Martin Wagener ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt internationale Politik und Sicherheitspolitik am Fachbereich Nachrichtendienste der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Berlin.